

Krise im britischen Gesundheitswesen: Schärfere Regeln für Ausländer

Patienten aus dem Ausland sollen künftig in Großbritannien für nicht dringend notwendige Operationen vorab zur Kasse gebeten werden. Dies soll ab kommenden April für alle gelten, die keinen Anspruch auf freie Behandlung in Großbritannien hätten. "Wir haben kein Problem mit Besuchern aus dem Ausland, die unser Gesundheitssystem nutzen - solange sie einen gerechten Beitrag leisten", sagte Gesundheitsminister Jeremy Hunt am Montag in London. Viele könnten aber nicht ihre Rechnung begleichen. Das durch die Neuregelung eingesparte Geld - umgerechnet bis zu etwa 580 Millionen Euro pro Jahr - solle wieder ins Gesundheitssystem fließen.

Kritiker bemängelten, dass die Maßnahme vor allem die Schwächsten - darunter Migranten und Obdachlose - treffen könnte. Ursache für die Krise im Gesundheitswesen sei vor allem der Anstieg älterer Patienten mit chronischen Krankheiten. Der britische Ärzteverband BMA (British Medical Association) fürchtet durch die Einführung der Neuregelung binnen so kurzer Zeit ein "Chaos" in den Krankenhäusern.

Das Gesundheitssystem in Großbritannien befindet sich derzeit in einer Krise. Kliniken konnten in diesem Winter zeitweise die Versorgung ihrer Patienten nicht mehr garantieren, Kranke mussten in Notbetten auf Fluren übernachten oder monatelang auf Operationstermine warten. Der Chef des Britischen Roten Kreuzes, Mike Adamson, sprach kürzlich im Parlament von einer "humanitären Krise". Der staatliche Gesundheitsdienst National Health Service (NHS) basiert auf der Idee des Wohlfahrtsstaates; er bietet eine fast kostenfreie Versorgung.

Quelle: dpa